

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphen-Veranstaltung
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Veranstaltung
Nr. 20.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa,
sowie den Gemeinderat Gröbba.

Nr. 17.

Mittwoch, 22. Januar 1908, abends.

61. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in der Expedition in Riesa 1 Mark 50 Pfg., durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg., bei Abholung am Schalter der hiesigen Postanstalt 1 Mark 65 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 2 Mark 7 Pfg. Auch Monatsabonnements werden angenommen. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis vormittags 9 Uhr ohne Gewähr.

Rotationsdruck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Goethestraße 58. — Für die Redaktion verantwortlich: Hermann Schmidt in Riesa.

Der Maurerpolier, Hausbesitzer und Schnittwarenhändler Herr Eduard Julius Schmidt in Riesa ist als Gemeindevorstand für diesen Ort auf die nächsten sechs Jahre in Pflicht genommen worden.
Großenhain, am 21. Januar 1908.
190 d. E. Königl. Amtshauptmannschaft.

Anzeigen für das „Rieser Tageblatt“ erbitten wir uns bis spätestens vormittags 9 Uhr des jeweiligen Ausgabestages.
Die Geschäftsstelle.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, 22. Januar 1908.

In einer arbeitsreichen Sitzung vereinigten sich gestern abend von 6 Uhr ab das Rats- und das Stadtverordnetenkollegium im Sitzungszimmer des Rathauses. Anwesend waren Herr Bürgermeister Dr. Dehne, Herr Stadtrat Meyer, die Herren Stadträte Viehschmann, Wäschitz, Pfeilschneider, Berg und Hynel, sowie 15 Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums. Das Protokoll führte Herr Stadtkämmerer Gullig. Die von Herrn Bürgermeister Dr. Dehne eröffnete und geleitete gemeinschaftliche Sitzung, die der Stadtverordnetenversammlung voranging, hatte zum Zweck, einige dem gegenwärtigen Landtage vorliegende Gesetzesentwürfe, die für die Gemeinden von erheblicher Bedeutung sind, in ihrem Einflusse auf die Gemeinden näher zu kennzeichnen und eventuell Stellung hierzu zu nehmen. Der Herr Bürgermeister führte ungeschwiebig folgendes, in großen Umrissen kurz skizziert, aus: Dem gegenwärtigen Landtage sei ein ganzes Paket von Gesetzesentwürfen vorgelegt worden, die für die Gemeinden von größter Bedeutung seien. Es sei nun Pflicht einer Gemeindevertretung, sich mit diesen Gesetzesentwürfen zu befassen und zu diesem Zweck habe er die gemeinschaftliche Sitzung einberufen. Zunächst sei dem Landtage a) das Dekret Nr. 24, Entwurf eines Gesetzes der Bezirksverbände und selbstständigen Stadtbezirke sowie deren Vertretung betr.

vorgelegt worden. Die seit 1873 bestehenden Bezirksverbände seien Vereinigungen von Gemeinden. Sie haben als Organ die Bezirksversammlung und es seien ihnen bestimmte Aufgaben durch das Gesetz zugewiesen, insbesondere Förderung des Wegebau und der Armenpflege (Bezirksfriesenhaus). In diese Verhältnisse greife der neue Gesetzesentwurf tief ein. Der neue Gesetzesentwurf sehe eine Änderung in der Zusammensetzung der Bezirksversammlung herbeigeführt, daß von den Vertretern der Höchstbesteuerten mindestens acht Agrarier sein müssen. Da das Gesetz die Zahl der Höchstbesteuerten auf 13 festsetze, so ergäbe sich, daß diese die Majorität haben sollten. Das sei unbillig und ein Eingriff in die bestehenden Rechte. Hierzu kommt noch, daß der Wirkungsbereich der Verbände noch außerordentlich erweitert werden soll. Es soll ihnen die Fürsorge für Jren und Epileptische übertragen werden. Doch seien hierzu die Verbände nicht geeignet und es würde eine Verschlechterung der Fürsorge für die Jren und Epileptischen die Folge sein. Die Bezirksverbände hätten zwar ein eigenes Vermögen, das sie aus der französischen Kriegsentwädigung erhalten haben. Sobald aber neue Aufgaben an sie herantraten, müßten neue Mittel geschaffen werden und das könnte nur durch Zuschlag zur Einkommensteuer geschehen. Die Folge würde sein, daß die Stadtbewohner unverhältnismäßig mehr bezahlen müßten und auf diese Weise dann einen Teil der Kosten für die Fürsorge der kranken Jren und Epileptischen tragen. Auch die Lasten für das Landarmenwesen wolle der Staat abschütteln, die Versorgung der Landarmen solle ebenfalls Bezirksangelegenheit werden. Als Entschädigung für diese riesigen Lasten wolle das Gesetz aber nur den Durchschnitt der Jahre 1904/06 den Bezirksverbänden geben. Danach sei offenbar, daß der Zuwachs, den die künftigen Jahre bringen werden, von den Städten allein getragen werden muß. Weiter will man den Bezirksverbänden die Beaufsichtigung des Feuerlöschwesens übertragen, das sei ebenso ungewöhnlich wie die ferner für die Bezirksverbände in Aussicht genommene Ueberlassung der Einrichtung von Arbeitsnachweisen. In Gemeinden, wo ein Arbeitsnachweis nötig ist, werde die Gemeinde schon selbst dafür sorgen. Dann soll den Bezirksverbänden noch die Kontrolle über die Buch- und Rechnungsprüfung bei den Gemeinden und Spar-

kassen übertragen werden. Auch das sei unnötig soweit Städte in Frage kommen, denn diese hätten diese Frage längst durch Bildung von Gemeindeverbänden und Anstellung von Verbandsreferenten auf das glücklichste gelöst. In einem Eingriffe in die Selbstverwaltung liege also durchaus keine Veranlassung vor.

b) der Entwurf des Gesetzes über die Fürsorgeerziehung.
Stehen mit dem vorhergehenden in gewissem Zusammenhange insofern, als die Fürsorgeerziehung ebenfalls den Bezirksverbänden übertragen werden solle. Der Gesetzesentwurf berücksichtige nur die Unterbringung der sittlich Verwahrlosten. Die Körperliche Verwahrlosung sei ausgeschlossen und einfach den Armenverbänden überwiefen worden. Dadurch will man also eine wesentliche Entlastung des Staates herbeiführen. Das Gesetz sei demnach erstens zu eng, zweitens sei aber auch der Staatszuschuß zu niedrig bemessen. Während in dem Dekret von 1901 zwei Fünftel der Generalunkosten vorgeschlagen waren, von der zweiten Kammer drei Fünftel beantragt wurden und die Regierung selbst sich mit der Hälfte des Aufwandes einverstanden erklärt habe, schlage der neue Entwurf nur ein Viertel vor. Die Bezirksverbände seien auch nicht die richtige Stelle, die Fürsorgeerziehung zu übernehmen, sondern das seien die Gemeinden. Man solle nur dafür, daß der Staat einen entsprechenden Zuschuß gebe. Auch c) der Entwurf eines Wassergesetzes

greife tief in die Gemeindeverwaltung und die Rechte und Pflichten der Gemeinden ein, das besondere Vorrecht für den Hochwasserbeschuß und für die an der Elbe liegenden Gemeinden bringen soll. Das Gesetz sagt, daß von den Ministerien die Hochwasserlinie festgesetzt werde. Die Zwischenkommission der ersten Kammer hat sich mit dieser Bestimmung ohne weiteres einverstanden erklärt. Die Zwischenkommission der zweiten Kammer habe dagegen beantragt, daß die Beteiligten durch öffentliche Bekanntmachungen zu benachrichtigt sind, daß die Festlegung der Hochwasserlinie erfolgt und der Plan soll drei Wochen lang ausliegen. Mit

d) Entwurf eines Kirchen- und Schulsteuergesetzes kann man sich im Inhalte nach im allgemeinen einverstanden erklären. Das Kirchensteuergesetz sehe vor, daß die konfessionelle Minderheit nicht zu den Kirchen- und Schulsteuern der Mehrheit herangezogen werde. Das Schulsteuergesetz betreffend hatte der Entwurf an der bisherigen selbstständigen Schulgemeinde fest; auch da, wo nur Schulen der konfessionellen Mehrheit beständen. Das sei zwecklos und es sei ganz unverständlich, wie die Entwurfsbegründung auf diese angebliche Selbstständigkeit der Schulgemeinden die Mite des Volksschulwesens zurückführen könne. Im Gegenteil, gerade in den Städten, wo die selbstständige Schulgemeinde am wenigsten in die Erscheinung trete, sei das Volksschulwesen am weitesten vorgeschritten.

e) Novelle, die Abänderung des Einkommensteuergesetzes betr.
wird dem Rat von 1907 festgelegt wissen und gleichzeitig einige dabei zutage getretene Mängel und Mängel befeitigen. Auch diese Novelle schäuferte der Herr Bürgermeister in ihrer Wirkung auf die Gemeinden, worauf man in die Besprechung der einzelnen Entwürfe eintrat. Bezüglich der Entwürfe a) und b), zu denen Petitionen der Stadtverordneten von Annaberg und einiger Bürgermeister vorlagen, einigte man sich nach längerer Aussprache dahin, daß man sich nicht längerer Vorliegen Petitionen anschloß, sondern der Herr Bürgermeister erklärte sich bereit, eine Petition auszuarbeiten, die von den Kollegen an die Landstände gesandt werden soll. Bezüglich des Wassergesetzes will man abwarten, ob die von Seiten des sächsischen Gemeindetages zu erlassende Petition die besonderen Wünsche Rias

als Elbbewohnerin berücksichtigt. Wenn das nicht der Fall ist, behält man sich weiteres vor. Eine Petitionierung in Sachen des Kirchen- und Schulgesetzes hält man nicht für nötig, man will vielmehr abwartende Stellung einnehmen. Wegen des Einkommensteuergesetzes sei eine Petition bereits vom sächs. Gemeindetage in Vorbereitung, also würde es nicht nötig sein, nochmals vorstellig zu werden.

Damit war die gemeinschaftliche Sitzung beendet und nach Verlesen des Protokolls begann 7/8 Uhr die Stadtverordnetenversammlung.

bei der es auch eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen gab, die aber trotz einigen leisen Widerstands bis auf nur einen Punkt glatte Erledigung fand. Nachdem Herr Oberamtsrichter Feldner den Vorsitz übernommen, wurde folgendes verhandelt und beschlossen:

1. gab der Herr Vorsitzende unter Mitteilungen bekannt, daß Herr Stadtrat Berg in der Sitzung vom 2. Januar in Pflicht genommen wurde und weiter, daß Danfshausen von der Mehrerschaft und von Herrn Direktor Diegel für die Gehaltsregelung eingegangen seien.

2. wurde dem Ratsbeschlusse beigetreten, 416,70 M. zur Beschaffung einer neuen Röntgenröhre und einer Universalablenke für das Stadtkrankenhaus zu bewilligen.

3. Der Ratsbeschlusse, zur Vornahme einer allgemeinen Rattenvertilgung eine Baukassumme von 200 M. zu bewilligen und mit der Vornahme der Rattenvertilgung den Kammerjäger Friesede von hier zu betrauen, fand die Zustimmung des Kollegiums. Nach den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters ist die Rattenplage gegenwärtig so groß, daß Abhilfe dringend nötig ist, deshalb habe man die Hälfte der Kosten auf die Stadtkasse übernommen.

4. Genehmigung fand der Ratsbeschlusse, 300 M. zu bewilligen für Aufbringung guten Bodens auf die Schuttabladeplätze in Gölitz.

5. Abgesetzt von der Tagesordnung wurde die Beratung über den Beitritt der Stadtgemeinde Riesa zu einem zu gründenden Gemeindeverbande zwecks Erlangung der Mitgliedschaft des Deutschen Städtetages.

6. Herr Gas- und Wasserwerksdirektor Stori hat an das Ratkollegium das Gesuch um Pensionierung vom 1. April 1908 ab gerichtet. Herr Stori ist am 1. Januar 1873 hier angestellt. Unter Hinzurechnung seiner Militärdienstjahre hat er 41 Dienstjahre hinter sich. Es steht ihm ein Ruhegehalt von 3200 M. zu. Der Rat hat die Pensionsberechtigung anerkannt und das Gesuch genehmigt. Das Kollegium nimmt hieron Kenntnis.

7. Die Stellung eines künftigen Abgabepflichtigen unter das Restantenregulativ wird beschlossen.

8. wurde der Haushaltsplan auf das Jahr 1908 noch beraten und in seinen einzelnen Kapiteln ohne wesentliche Änderungen und ohne erhebliche Debatten angenommen. Bei Konto „Rittergut“ hielt Herr Stoll. Vorsitzender Schönherr den Rücklagenfonds von 3000 M. für unzulänglich, ebenso bei Konto „Straßenbau“ für Unterhaltung des Straßenpflasters, wofür ebenfalls 3000 M. eingestellt sind. Der bei Konto „Mädchenschule“ für Anschaffung einer Schreibmaschine eingestellte Betrag von 450 M. wurde auf Antrag des Stadts. Ränder, dem mehrere Redner in seinen Ausführungen beipflichteten, gestrichen. Der Haushaltsplan, auf den wir noch näher zurückkommen werden, schließt mit einem Anlagenbedarf von 175 000 M., der nach dem einfachen Satze zur Einhebung kommen soll. Am Schluß der Beratung erinnerte Herr Stadtrat Hynel noch an die interessante Tatsache, daß der gesamte Bedarf innerhalb 20 Jahren um genau eine Million Mark gestiegen ist. Er betrug vor 20 Jahren 1/10 Million, beim diesjährigen Haushaltsplan rund 1 1/10 Million oder genau 1 740 865.33 Mark.

Schluß der Sitzung 9 Uhr.

—ck.

Wohnungsnachweis

1. d. Exped. d. Bl. für Wohnung-Suchende kostenfrei. Für Vermietung bei Selbstentwurf in die Liste 10 Pfg., bei verlangtem Eintrag durch unseren Beamten 20 Pfg.; die im Tageblatt annoncierten Wohnungen zc. finden kostenfreie Aufnahme.

Wohnungsnachweis!